

# Antrag

an die 191. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
am 29. Mai 2026

## **Ernährung: Mehr Information auf Verpackungen, Steuer auf Zucker, Werbeverbot für stark zuckerhaltige Getränke**

Regelmäßig alarmieren Studien zur Verbreitung von ernährungsbedingtem Übergewicht, Diabetes, Herz-Kreislauf- und anderen Zivilisationskrankheiten, die oft chronisch und lebensbedrohlich verlaufen. Es resultieren persönliches Leid sowie eine Belastung des öffentlichen Gesundheitssystems. In der österreichischen Bevölkerung sind rund 30% übergewichtig, rund 9% sind an Diabetes erkrankt, wobei immer häufiger junge Menschen betroffen sind.

Dabei wäre ein großer Anteil der Problematik leicht zu vermeiden: Studien belegen nämlich, dass viele Konsument:innen Lebensmittel falsch einschätzen, Zutaten oder Nährwertetabellen nicht lesen oder verstehen. Daher sollte das Ernährungsbewusstsein der Konsument:innen gefördert werden. Zudem sollen Konsument:innen besser informierte Kaufentscheidungen treffen können, indem die einschlägigen Angaben auf Produkten im Handel klarer ersichtlich gemacht werden. Dieser Ansatz ist bereits ab dem Kindes- und Jugendalter relevant, da Ernährungsgewohnheiten bereits in jungen Jahren erlernt werden. Die internationale wissenschaftliche Faktenlage hierzu ist bezeichnend, ebenso Best-Practice Erfahrungen mancher Staaten nach Umsetzung entsprechender gesetzlicher Maßnahmen bezüglich Produktinformation, Bildung bis hin zu einer dezidierten Zuckersteuer. Umso unverständlicher ist, dass seitens der österreichischen Bundesregierung bisher nur geringfügige Schritte unternommen wurden.

Um dieser Problematik endlich zu begegnen, werden insbesondere folgende Maßnahmen gefordert:

- Eine gesetzliche Verankerung der bisher freiwilligen „Nutri-Score“ Angabe auf Produktverpackungen: Diese Ampelkennzeichnung mit einer Skala von A (dunkelgrün) bis E (rot) informiert anschaulich und leicht verständlich hinsichtlich des Zucker-, Salz-, Fett-, Ballaststoff- und Eiweißgehalts und ermöglicht eine bewusste Kaufentscheidung. Ungesunde Lebensmittel sind auf einen Blick zu erkennen, ohne Zutaten und Nährwerttabellen lesen zu müssen.
- Ein gesetzliches Verbot der Bewerbung von stark zuckerhaltigen Getränken. Aktuell erreicht oder überschreitet der Zuckergehalt von einzelnen 0,3 oder 0,5 Liter-Getränken bereits die von der WHO empfohlenen Tages toleranzmenge von 25 Gramm.
- Zucker soll stärker besteuert werden, was positive Effekte der Erhöhung der Steuereinnahmen, Verteuerung ungesunder Produkte, Lenkeffekte und mehr Aufmerksamkeit nach sich ziehen würde.

- Mehr verpflichtende präventive Aufklärung in den Schulen durch eine Adaptierung der Lehrpläne ab der Volksschule.
- Mehr Informationsangebote für die Bevölkerung sowie eine attraktive Bewerbung derselben.

Bei all diesen Maßnahmen darf nicht zwischen Industrie- und anderen Zuckern differenziert, sondern soll auf die ernährungsphysiologisch relevante Gesamtmenge abgestellt werden. Weiter müssen alle Zuckerarten und Süßstoffe gleichbehandelt werden, um ein Ausweichen bei den Rezepturen und damit ein Egalisieren des positiven Effektes zu verhindern.

**Die 191. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus, den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft sowie den Bundesminister für Finanzen auf, entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung des Ernährungsbewusstseins, die verpflichtende Angabe des Nutri-Scores auf Verpackungen, ein Werbeverbot sowie die Besteuerung von Zucker und damit insgesamt eine für Konsument:innen gesundheitlich positive Lenkung der Nahrungsmittelindustrie zu entwickeln.**